



## Holetschek: Kinderärzte von Attesten entlasten

CSU und Freie Wähler lehnen Forderungen der Opposition in der RSV-Krise ab

Von Markus Peherstorfer

**München.** Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) hat sich angesichts der Belastungen durch das RS-Virus am Donnerstag in einer Videokonferenz mit Experten der Kinder- und Jugendmedizin ausgetauscht. „Die Expertenrunde hat heute verdeutlicht: Das Problem liegt weniger im ärztlichen Bereich als vielmehr bei den fehlenden Pflegekräften“, berichtete er danach laut Mitteilung seines Ministeriums. „Teilweise kann es sinnvoll sein, vorübergehend auf Pflegepersonal von Erwachsenenstationen zurückzugreifen.“ Die Kliniken müssten befristet auch von der Pflegepersonaluntergrenze abweichen.

Michael Hubmann, stellvertretender Landesvorsitzender des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte, forderte laut der Mitteilung „eine Entlastung von vermeidbaren Attesten“. Holetschek appellierte an Eltern: „Machen Sie von der telefonischen Krankenschreibung für die Schulen und Kitas Gebrauch. Wir können die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte auch dadurch unterstützen, dass sie nicht für jedes kranke Kind ein Attest schreiben müssen.“ Vom Bund forderte er, „die überbordende Bürokratie“ abzubauen. „Die Hand am Bett ist wichtiger als die am

Schreibtisch.“

### „Das Problem ist der Pflegefachkräftemangel“

Kurz darauf debattierte der Landtag in München über Dringlichkeitsanträge von Grünen, SPD und FDP, die Sofortmaßnahmen zur Entlastung der Kinderkliniken forderten. Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD, Ruth Waldmann, kritisierte die bayerische Krankenhausplanung. Bayern könne eine Länderöffnungsklausel nutzen, Kliniken für unverzichtbar erklären und finanziell unterstützen – tue das aber nicht. „Wenn jetzt von der bayerischen Staatsregierung vorgeschlagen wird, die Personaluntergrenzen aufzuheben, ist das ein Armutszeugnis.“ Auch ihr AfD-Kollege Andreas Winhart sah „ein Problem der Krankenhausplanung“.

Christina Haubrich, die gesundheitspolitische Sprecherin der Grünen, forderte, vorübergehend Pflegekräfte aus Erwachsenenstationen und von der Bundeswehr an die Kinderkliniken und -stationen abziehen. Das sei aber „nur ein Notnagel“. Der FDP-Gesundheitspolitiker Dominik Spitzer schlug vor, dass die Staatsregierung Diagnose-

geräte für Schwerpunktpraxen beschaffen könnte, die mittels PCR-Test automatisch Infektionen mit RSV, Corona und Grippe erkennen können. Außerdem solle die Attestpflicht an den Schulen erst ab einer Fehlzeit von zehn Tagen greifen.

„Das eigentliche Problem ist der Pflegefachkräftemangel“, sagte dagegen Susann Enders, die gesundheitspolitische Sprecherin der Freien Wähler. „Wir können uns die Leute nicht aus den Rippen schneiden.“ Der Bund habe hier eine „skandalöse Lücke“ hinterlassen. „Den Antrag können Sie direkt ans Bundesgesundheitsministerium schicken.“

Das bekräftigte auch Minister Holetschek in der Debatte. „Es gehört zur Wahrheit dazu, dass das Problem am Personalmangel liegt“, sagte er. „Das muss jetzt in Berlin gelöst werden.“ Mittelfristig sei er „auch bereit, bei der Krankenhausplanung noch mal hinzuschauen“, ob man mehr Kapazität für Kinder- und Jugendmedizin braucht. Ein entsprechender „Masterplan“ soll entwickelt werden. „Kinder- und Jugendmedizin darf kein Kostenfaktor sein, sondern ein zentraler Faktor der Daseinsvorsorge.“ Die Anträge der Opposition lehnten CSU und Freie Wähler trotzdem ab.